Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bin sehr dankbar, dass ich hier stellvertretend für über 24.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition „Bayern für das AfD-Verbot“ vor Ihnen sprechen und die Dringlichkeit unseres Anliegens darlegen darf.

Die Unterstützerinnen der Petition fordern, dass der Freistaat Bayern sich im Bundesrat für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens einsetzt.

In der Petition heißt es: „Die AfD ist unserer Meinung nach eine verfassungswidrig handelnde Partei.“ Wir sehen diese Partei als „schwerwiegende Bedrohung für den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“. Diese Einschätzung stützt sich auf Stellungnahmen zahlreicher renommierter Verfassungsrechtler, zu denen nach Beendigung der Petition noch das umfangreichste und methodisch fundierteste aller bisherigen Gutachten, nämlich dasjenige der Gesellschaft für Freiheitsrechte, hinzugekommen ist.

Über die Hälfte der 24.000 Unterschriften haben wir ein Jahr lang handschriftlich gesammelt – an Infoständen, auf Kundgebungen, bei Volksfesten und an Stammtischen. Dadurch wurden die für viele Menschen abstrakten Begriffe, die die Säulen unserer Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung bilden, für uns in Hunderten von Einzelgesprächen plastisch greifbar.

Wir sprachen mit Schülerinnen, die nicht verstehen konnten, warum Artikel 21,2 nicht endlich angewandt wird, obwohl er doch explizit im Grundgesetz vorgesehen ist. Ein Mann aus Bulgarien schilderte uns seine Angst vor dem Einfluss Russlands, der mit der Macht der AfD immer weiter wächst. Ein Mann aus Ungarn warnte aufgrund seiner Erfahrungen mit dem illiberalen Staatsumbau Viktor Orbans davor, Rechtsextremisten Regierungsmacht zu überantworten. Einer Unterzeichnerin zitterten die Hände, weil ihr Neffe am Vorabend als Person of Color einen rassistischen Angriff erlitten hatte.

Auf der anderen Seite mussten wir bei der Unterschriftensammlung auch immer wieder offene Beleidigungen und Drohungen über uns ergehen lassen: Ein Mann drohte, uns mit Benzin zu übergießen. Eine ältere Frau wollte uns gar nach Auschwitz schicken. Mit solchen Situationen war aber immer noch besser umzugehen als mit den Endlosdebatten mit Menschen, denen die Propaganda der AfD und ihres Umfelds eingehämmert hatte, die Regierung wolle die Bevölkerung austauschen, man könne in Deutschland kaum mehr ohne Lebensgefahr auf die Straße, Hitler sei ein Linker gewesen, wir seien die eigentlichen Feinde der Demokratie.

Die Auseinandersetzung mit diesen Menschen hat uns gezeigt, was wir auch auf politischer Ebene in immer drastischerer Weise beobachten: Einer Partei, deren erklärtes Ziel die Zerstörung des demokratischen Diskurses ist, kann man durch inhaltliche Argumente allein nicht Herr werden. Es wäre ein Zeichen der Stärke unserer Demokratie zu erkennen, wo die Grenzen des Tolerierbaren verlaufen.

Für uns als Wählerinnen und Wähler ist es nicht länger akzeptabel, dass wir über unsere Steuergelder eine Partei finanzieren, die die demokratischen Institutionen von innen heraus aushöhlt. Die sich in weiten Teilen aus rechtsextremen Netzwerken rekrutiert – gerade auch hier in Bayern – und die verurteilte Straftäter in ihren Büros beschäftigt und sogar mutmaßliche Terroristen in ihren Reihen hat.

Es gibt keinen Anlass anzunehmen, dass der Tabubruch, den wir gerade in Sachsen-Anhalt erleben, sich in den nächsten Jahren nicht auch ähnlich in anderen Teilen Deutschlands vollziehen kann – auch in Bayern, dessen AfD-Landesverband zu den extremsten gehört.

Die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD würde sofort Wirkung entfalten. Sie würde das Vertrauen der Menschen stärken, die ihren Glauben an die Handlungsfähigkeit der liberalen Demokratie noch nicht verloren haben.

Deshalb appellieren wir an Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete: Nehmen Sie unser Grundgesetz beim Wort! Bayern muss beim AfD-Verbot vorangehen!

Vielen Dank!